

## **Interne Notiz über die Besprechung mit Frau Dr. Eisenmann am 9. Mai 2019 im Hause des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport in Stuttgart**

Beginn: 11:00 Uhr  
Ende: 13:00 Uhr

### Teilnehmer seitens der ARGE Stuttgart:

Frau Bechmann, Dr. Hauser, Frau Knecht, Mattig-Gerlach, Frau Müller-Vogt, Dr. Renken

### Teilnehmer seitens des Kultusministeriums:

Ministerin Dr. Eisenmann (11:00 – 11:45 Uhr), MD Föll, Herr Hohecker, LMR Philipp, LMR Dr. Reip

### Vorbemerkung:

Das Gespräch fand in einer konstruktiven und sachbezogenen Atmosphäre statt. Die Vertreter des Ministeriums betonten, dass für das Ministerium die Reduktion des Unterrichtsausfalls höchste Priorität hat. Im Nachgang bestand unter den anwesenden Mitgliedern des Vorstandes der ARGE Stuttgart Einvernehmen, derzeit von der Erhebung einer Muster-Klage abzusehen, sondern vielmehr das angebotene, vertiefende Gespräch mit dem Ministerium zu suchen und Anfang des neuen Schuljahres eine zweite Erhebung (zumindest) der ARGE Stuttgart durchzuführen.

### Zum Gesprächsverlauf:

Herr Mattig-Gerlach betonte Eingangs, dass die anwesenden Vertreter der ARGE Stuttgart die Auffassung aller vier ARGEen im Lande bzw. aller Elternbeiräte der Gymnasien in Baden-Württemberg vertreten. Ziel der Eltern sei es nicht zu klagen („*letztes, aber mögliches Mittel*“), sondern schnellstmöglich nachhaltige Verbesserungen bei der Unterrichtsversorgung in den Gymnasien des Landes zu erreichen. Deshalb sind im von der ARGE Stuttgart beauftragten Rechtsgutachten auch Forderungen formuliert, die aus Sicht der Eltern bereits im nächsten Schuljahr umgesetzt werden könnten. Die Kürzung der Lehrerdeputate um eine Stunde zur Vorhaltung einer kurzfristig einsetzbaren Vertretungsreserve vor Ort würde aus Sicht der Eltern den Unterrichtsausfall voraussichtlich am stärksten reduzieren. Diese Maßnahme habe in Bayern den Unterrichtsausfall schlagartig reduziert, so Dr. Renken.

Frau Dr. Eisenmann erwiderte, dass aus ihrer Sicht eine Vertretungsreserve für kurzfristige Ausfälle (< 3-6 Wochen) „schwierig“ sei sowie der „Lehrermangel“ (*resultierend aus regionalen Präferenzen und Fächerangebot der Lehrer\*innen ((zu)viele Deutsch-&Geschichts- sowie Deutsch-&Englisch-lehrer*)) das „Grundproblem“ darstelle (*derzeit können 600 Stellen nicht besetzt werden, davon 40 in Gymnasien*). Rechtlich sei in vielen Fällen unklar, welche Maßnahmen seitens des Landes zulässig seien, um das Grundproblem zu lösen. Deshalb würde eine Muster-Klage durch alle Instanzen u.U. auch eine Antwort auf die zulässigen Maßnahmen geben, was auch aus ihrer Sicht wünschenswert wäre.

In der nachfolgenden Diskussion verwiesen die Vertreter des Ministeriums auf folgende, derzeit laufende Maßnahmen:

- Analyse der Gymnasien mit hohem Versorgungsgrad und hoher Unterrichtsausfallrate
- Analyse der Gymnasien mit niedrigem Versorgungsgrad und niedriger Unterrichtsausfallrate
- Analyse der Planungen der Gymnasien bei der „Pflicht“ und „Kür“ (AGs usw.)

Mit dem vom Ministerium beantragten Haushalt 2020/21 sollen u.a. folgende Maßnahmen begonnen und bis 2030 umgesetzt werden (vgl. auch [https://www.km-bw.de/site/pbs-bw-new/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/KM-Homepage/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen%202019/2019%2002%2020%20Anlage%20Modellrechnung%20Lehrerbedarf\\_2020\\_2030.pdf](https://www.km-bw.de/site/pbs-bw-new/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/KM-Homepage/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen%202019/2019%2002%2020%20Anlage%20Modellrechnung%20Lehrerbedarf_2020_2030.pdf)):

- Ausbau der festinstallierten Krankheitsvertretungsreserve von derzeit 1.666 auf künftig 2.000 Deputate (*davon ca. 140 für Gymnasien bzw. 22 Stunden/Gymnasium*)
- Stellenaufstockung aufgrund bildungspolitisch beschlossener Maßnahmen (*u.a. Inklusion, Ethik, Informatik und Reform der gymnasialen Oberstufe*) (*bis 2030 zusätzlich ca. 4.800 Stellen für alle Schulen*)
- Stellenaufstockung aufgrund (wieder) steigender Schülerzahlen (*bis 2030 zusätzlich ca. 5.800 Stellen für alle Schulen*)
- Umsetzung des Schulleiterkonzeptes u.a. mit der Zurücknahme der Kürzung beim allgemeinen Entlastungskontingents und der Einstellung von Schulassistenten zur organisatorischen Entlastung der Schulleiter (*alleine für das Schulleiterkonzept seien für den Haushalt 2020/21 100 Mio Euro zusätzlich beantragt*)

Auf Nachfrage bestätigten die Vertreter des Ministeriums, dass derzeit **keine** der Forderungen der Eltern (*110prozentige Unterrichtsversorgung, keine Entlassung von Referendaren nach dem 2. Staatsexamen, Kürzung der Lehrerdeputate um eine Stunde, Springerverträge, Einstellung von Quereinsteiger und Erhöhung der Altersermäßigung*) derzeit vom Ministerium haushalterisch eingeplant wurde. Allerdings stehe man noch am Anfang der parlamentarischen Debatte, sodass auch über die Fraktionen noch Änderungen und Ergänzungen bei den derzeit kurz- und mittelfristig geplanten, bildungspolitischen Maßnahmen möglich und wahrscheinlich sind.

Herr Mattig-Gerlach betonte abschließend, dass die Eltern alle Maßnahmen des Ministeriums unterstützen werden, die dazu dienen, schnellstmöglich nachhaltige Verbesserungen bei der Unterrichtsversorgung in den Gymnasien des Landes zu erreichen, aber auch mit allen Fraktionen (*mit Ausnahme der AfD*) das Gespräch hierüber suchen werden. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass nach der planerisch „verschlafenen“ Pensionswelle (*bis 2020*) nicht auch die nun absehbare Schwangerschaftswelle planerisch „verschlafen“ wird. Herr MD Föll dankte für das konstruktive Gespräch und bot weitere Gespräche an. Die Reduktion des Unterrichtsausfalles habe nach seinen Worten für das Ministerium höchste Priorität.